

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : III-222

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

Artikel III-222 (ex-Artikel 33)

(1) ...

~~(2) Der Rat erteilt eine Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen, legt Verhandlungsrichtlinien fest und schließt die Übereinkünfte.~~

(3) Die Kommission oder, wenn sich die Übereinkunft ausschließlich oder hauptsächlich auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bezieht, der Außenminister der Union legt dem Rat Empfehlungen vor; dieser ermächtigt sie bzw. ihn **nach Anhörung des Europäischen Parlaments** zur Eröffnung der Verhandlungen **und benennt sie bzw. ihn damit zugleich zum Verhandlungsführer**.

~~(4) Der Rat benennt im Rahmen des Beschlusses über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen nach Maßgabe des Gegenstands der künftigen Übereinkunft den Verhandlungsführer oder den Leiter des Verhandlungsteams der Union.~~

(5) Der Rat kann dem ~~für die Aushandlung der Übereinkunft benannten~~ Verhandlungsführer **nach Anhörung des Europäischen Parlaments** Richtlinien erteilen und einen Sonderausschuss einsetzen; die Verhandlungen sind im Benehmen mit diesem Ausschuss zu führen.

(6) Auf Vorschlag des Verhandlungsführers beschließt der Rat **nach Anhörung des Europäischen Parlaments**, die Übereinkunft zu unterzeichnen und gegebenenfalls vor ihrem Inkrafttreten vorläufig anzuwenden.

(7) Der Rat schließt die Übereinkunft auf Vorschlag des Verhandlungsführers. Mit Ausnahme der Übereinkünfte, die ausschließlich die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

betreffen, schließt der Rat die Übereinkunft nach Anhörung des Europäischen Parlaments. Das Europäische Parlament gibt seine Stellungnahme innerhalb einer Frist ab, die der Rat entsprechend der Dringlichkeit festlegen kann. Ergeht innerhalb dieser Frist keine Stellungnahme, so kann der Rat einen Beschluss fassen. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments ist erforderlich, wenn es um folgende Fälle geht: Assoziierungsabkommen; Beitritt der Union zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten *oder anderen internationalen Konventionen zum Schutz der Menschenrechte; Handelsabkommen*; Übereinkünfte, die durch Einführung von Zusammenarbeitsverfahren einen besonderen institutionellen Rahmen schaffen; Übereinkünfte mit erheblichen finanziellen Folgen für die Union; Übereinkünfte in Bereichen, für die das Gesetzgebungsverfahren gilt. Der Rat und das Europäische Parlament können in dringenden Fällen eine Frist für die Zustimmung vereinbaren.

(8) Abweichend von den vorstehenden Bestimmungen kann der Rat den Verhandlungsführer bei Abschluss einer Übereinkunft ermächtigen, Änderungen, die nach jener Übereinkunft im Weg eines vereinfachten Verfahrens oder durch ein durch die Übereinkunft geschaffenes Organ anzunehmen sind, im Namen der Union zu billigen; der Rat kann diese Ermächtigung gegebenenfalls mit besonderen Bedingungen verbinden. *Der Rat beschließt die Ermächtigung nach Anhörung des Europäischen Parlaments. In Bezug auf eine Übereinkunft, deren Abschluss die Zustimmung des Europäischen Parlaments erfordert, beschließt der Rat die Ermächtigung nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.*

(9) ...

(10) Der Rat beschließt auf Vorschlag des Außenministers der Union oder der Kommission die Aussetzung der Anwendung einer Übereinkunft und legt die Standpunkte fest, die im Namen der Union in einem durch eine Übereinkunft eingesetzten Gremium zu vertreten sind, sobald dieses Gremium rechtswirksame Beschlüsse - mit Ausnahme von Beschlüssen zur Ergänzung oder Änderung des institutionellen Rahmens der betreffenden Übereinkunft - zu erlassen hat. *In Bezug auf eine Übereinkunft, deren Abschluss die Zustimmung des Europäischen Parlaments erfordert, bedarf der Beschluss des Rates der Genehmigung durch das Europäische Parlament binnen einer Frist von einem Monat.*

(11) ...

(12) ...

Explanation (if any) :

Absatz 4:

Die Verantwortlichkeit für die Verhandlungsführung sollte stets bei der Kommission oder dem Außenminister liegen, deren bzw. dessen Ermächtigung auf Grundlage des Absatzes 3 erfolgt.